

# Haushaltsrede 2007 der *Löhner – Bürger - Allianz*

*Es gilt das gesprochene Wort.*

## 1. Prolog

Zunächst bedanke ich mich bei den Damen und Herren der Verwaltung, die den Fraktionen mit dem Entwurf zum Haushaltsplan 2007 die notwendige Diskussionsgrundlage für die politischen Schwerpunktsetzungen in der Stadt Löhne an die Hand gegeben haben.

Ein besonderer Dank geht auch an den Kämmerer, Herrn Busse, der uns die Haushaltsdaten in gelungener Weise vorgestellt und erläutert hat. Zwar sind die präsentierten Eckdaten gegenüber der Vergangenheit noch nicht besser geworden, (sonst wären wir nicht in der Haushaltssicherung) verbessert hat sich aber auf jeden Fall die haushaltsbezogene Transparenz.

Wir danken auch der Löhner Tagespresse für die Erfüllung ihrer ausgesprochen wichtigen Aufgabe.

## 2. Die negative Wirkungen der überörtlichen Wirtschafts- und Finanzpolitik

Trotz der beschlossenen Steuererhöhungen in der Bundesrepublik Deutschland zum 01. Januar 2007 überschlagen sich die guten Nachrichten. Die Wirtschaft boomt. Der Arbeitsplatzabbau ist gestoppt. Neue sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse entstehen. Die Steuereinnahmen sprudeln wie schon lange nicht mehr. Die Maastricht-Kriterien können nun eingehalten werden. - Man könnte meinen, die Stimmung bei der Fußball-Weltmeisterschaft überträgt sich auf das ganze Land. Deutschland nicht nur ein Sommermärchen?!

Die **Realität** für die **kommunalen Haushalte** in Nordrhein-Westfalen sieht anders aus. Die **kommunalen Schulden in Nordrhein-Westfalen steigen unaufhörlich**. Zwar gehen die Kreditmarkt-Schulden, also die Schulden, die für Investitionen erforderlich sind, zurück. Dafür explodieren die **Kassenkredite** seit dem Jahr 2001 unaufhörlich: Innerhalb von 5 Jahren haben diese sich verfünffacht auf nunmehr knapp 12 Milliarden € ! Knapp 200 Kommunen befinden sich im **Haushaltssicherungskonzept** (HSK), davon 118 im Nothaushalt. Nur noch 7,5 Prozent aller Kommunen können den Haushalt strukturell ausgleichen, d.h. ohne Rückgriff in die Rücklage und ohne den Verkauf von „Tafelsilber“.

Die strukturelle Ursache besteht darin, dass die **Ausgaben bei weitem stärker steigen als die Einnahmen**. Das gilt nicht nur für **Hartz IV, sondern für den gesamten Sozial- und Jugendbereich**. Solange diese Scherenentwicklung anhält, stehen die Kommunen mit dem Rücken zur Wand, wird sich die Situation nicht wesentlich ändern.

Der Kämmerer hat in seiner Rede zur Einbringung des Haushalts zu Recht vom „**kommunalen Sanierungsbeitrag**“ für den Landeshaushalt gesprochen. In der Tat – die CDU/FDP geführte Landesregierung wird – wie schon die Vorgängerregierung - auch in diesem Jahr die fatale Politik der Sanierung des Landeshaushaltes auf Kosten der Kommunen weiterführen.

Immer dann, wenn ein Landes-Finanzminister spart, greift er zuerst nach dem Gürtel der Kommunen, um diesen enger zu schnallen. Man kann sich in der schwarz-gelben Koalitionsvereinbarung nicht für die Rückgewinnung der finanziellen Handlungsfähigkeit der Kommunen einsetzen und gleichzeitig Finanzmittel in Höhe von 450 Mio. € den Kommunen entziehen, ohne dabei an Glaubwürdigkeit zu verlieren.

### Beispiele:

- So will man ab 2007 die Grunderwerbsteuer aus der Verbundmasse herausnehmen. Damit wird der Verbundbetrag nach derzeitigem Stand in 2007 um rd. 165 Mio. € gekürzt.
- Im Bereich der Weiterbildung sollen 18 Mio. € gestrichen werden.
- Gleichzeitig soll ab 2007 der kommunale Beitrag zur Krankenhausfinanzierung von 20 auf 40 % verdoppelt werden, das macht 94 Mio. € mehr aus, für Löhne allein eine Steigerung von 227.000€ auf 461.000€.
- Die Kürzung im Kindergartenbereich aus dem letzten Jahr in Höhe von 160 Mio. € wird auch 2007 fortgeführt.

Für diesen erneuten Griff in die kommunalen Kassen gibt es keinerlei sachliche Rechtfertigung. Seitenweise wird im Gesetzentwurf für das Gemeindefinanzierungsgesetz 2007 fast krampfhaft versucht zu begründen, warum es den Kommunen im Vergleich zum Land besser gehe.

Dieser Ansatz ist bereits gedanklich falsch. Ausgangspunkt für die Frage, wie ein Land seine Kommunen finanziell ausstatten muss, kann nicht in erster Linie ein Vergleich sein nach dem Motto „wem geht es besser“:

**Wenn sich das Land nicht in der Lage sieht, die Kommunen mit den zur Erfüllung der Pflichtaufgaben erforderlichen Finanzmitteln auszustatten, dann muss eben der Bestand der Aufgaben vermindert werden.**

Das Land kann in 2007 Mehreinnahmen in Höhe von über 2,5 Milliarden € einstreichen. Nach der neusten Steuerschätzung erhöht sich dieser Betrag sogar auf 3,6 Milliarden €. In einer derartigen Situation die Kommunen mit dem Ziel reich zu rechnen, diesen angeblichen Reichtum anschließend abzuschöpfen, **ist völlig inakzeptabel.**

**Quo vadis Kommune?** Das ist die Frage, die man sich stellen muss. In den letzten 25 Jahren gab es **kein einziges Jahr, in dem das Land soviel Steuermehreinnahmen einstreicht wie in 2007** und dennoch gleichzeitig den **Kommunen so tief in die Tasche greifen will.**

## Immer weniger Geld bei immer mehr Aufgaben - das kann nicht funktionieren.

Das schwarz-gelbe Finanzgebaren erinnert mich an einen Ausspruch des Kabarettisten Werner Finck: „*Staatshaushalt, das ist ein Haushalt, in dem alle essen möchten, aber niemand Geschirr spülen möchte.*“

### Die LBA fordert deshalb Folgendes von Bund, Land und Kreis:

Es liegt im Interesse unseres gesamten Landes, **die Investitionskraft der Städte zu stärken**. Das jahrelange Minus bei den kommunalen Investitionen muss dringend in ein Plus umgekehrt werden.

Deshalb fordern wir zweierlei: Die **Steuerbeschlüsse der großen Koalition** dürfen nicht nur Bund und Ländern nützen, sondern müssen frühzeitig auch die **Kommunalhaushalte spürbar entlasten**. Außerdem dürfen die Länder ihre Zuweisungen an die Kommunen nicht zurückfahren, weil diese sonst die Haushaltsnöte anderer auszubaden haben.

Die Anhebung der **Kreisumlage** (2006: 2,55 %, 2007: 0,97 %) ist eine **Zumutung** gegenüber den Kommunen im Kreis. Die LBA fordert den Kreis auf, seiner Verpflichtung gegenüber seinen Kommunen nachzukommen, seine E.on-Anteile zu veräußern und dem Versickern von Millionenbeträgen in undurchsichtigen kulturellen Stiftungen (z.B. MARTa) einen Riegel vorzuschieben.

### 3. Die konkrete Lage der städtischen Finanzen

**Seit 2003** wird uns von Seiten der Kämmerei mitgeteilt, es **drohe die Haushaltssicherung**. Die hohen Schulden mit ihren Kreditkosten, die hohen Verwaltungsausgaben könnten bald nicht mehr durch die Einnahmenseite ausgeglichen werden.

**Seit ihrer Gründung, seit dem Jahre 2001**, hat die LBA beständig und in aller Deutlichkeit **auf die Dramatik dieser Entwicklung hingewiesen** und **dringend einen Kurswechsel angemahnt**. Dennoch fand sich keine parlamentarische Mehrheit, die bereit gewesen wäre, das Ruder herumzuwerfen.

**Seit dem 1. Januar 2007 SIND wir nun in der Haushaltssicherung:** Der Fehlbedarf im Verwaltungshaushalt 2007 beträgt **knapp 3,9 Millionen €**. In all den Vorjahren wurden **sämtliche finanziellen Rücklagen** – insbesondere in Verbindung mit dem Stichwort „**Landesgartenschau Aqua Magica**“ – angegriffen und komplett verfrühstückt. *Die bunten Blumen sind verblüht – was bleibt, das ist der Schuldenkrater.*

Besondere Pikanterie dabei: Nur **wenige Monate nach der Gartenschau**, die für Löhne von den Verantwortlichen als „weicher Standortfaktor“ begründet und besonders gerühmt wurde, stürzte das Gewerbesteueraufkommen im Jahre **2002 auf den absoluten**

**Tiefststand von 15 Mio. €** ab und hat nach den guten Jahren 1994, 1995 und 1997 mit je über 25 Mio. € erst jetzt wieder ein Niveau von immerhin rund 19 Millionen € gewonnen.

## 4. Wie sieht das Ziel unserer Politik aus?

### 4.1 Leitziel ist für die LBA die >bürgerorientierte Stadt<

Darunter verstehen wir eine Stadt, in der sich die **Menschen wohlfühlen**, in der sie gerne leben, auf die sie stolz sind, in der sie **sichere Arbeitsplätze** haben, in der sie **Sport** ausüben und ihre **Freizeit** in vielfältiger Weise gestalten können.

In einer bürgerorientierten Stadt sind die Bürger nicht für die Verwaltung da, sondern dort ist die **Verwaltung Partner, ja Dienstleistender des Bürgers. Verwaltung und Parlamentarier sind partnerschaftliche Gegenüber, Interessenvertreter der Bevölkerung**. Dies ist auch der Grund, weshalb es der LBA wichtig war, wichtig ist, die Nordumgehung hier im Haus zum Thema des Gesprächs mit den Bürgern zu machen, um im Kontakt gemeinsam alles Notwendige zu erwägen, um gegen das **Monstrum Nordumgehung** anzugehen.

Heute geht es jedoch primär um die materielle Grundbedingungen einer bürgerorientierten Stadt, um deren **finanzielle Handlungsfähigkeit**.

### 4.2 Weitere Kreditausdehnung, neue Steuererhöhungen oder Sparpolitik?

Die Gestaltung des gegenwärtigen städtischen Haushaltes lässt angesichts der Haushaltsmisere nur **drei Vorgehensweisen** zu:

Entweder wird das **Kreditvolumen** weiter ausgedehnt, oder die **Steuern und Abgaben werden weiter maximiert** oder aber **es muss gespart** werden. - Jeder öffentliche Kredit ist und bleibt ein Wechsel auf die Zukunft, da er mit Zins und Zinseszins von der nachfolgenden Generation wieder abgetragen werden muss und deren (finanzpolitische) Freiheit fesselt.

Da die Löhner-Bürger-Allianz sich **weder an der nächsten Generation versündigen** will und zudem der Überzeugung ist, der Bürger wäre **schon mehr als zumutbar durch Steuern und Abgaben belastet** – das jüngste millionenschwere Paket der Mehrwertsteuererhöhung haben bekanntlich CDU und SPD gemeinsam der Bevölkerung zugemutet – bleibt uns **nur eine einzige Strategie, das Sparen**.

Allerdings erfordert die Strategie des Sparens **mehr Kreativität** als das Einschlagen der beiden anderen Wege: mehr Kreativität als bei der Ausdehnung der Kreditaufnahme und mehr Kreativität als bei der

Ausdehnung der Steuerbelastung, mehr Kreativität, als sie in den vergangenen Jahrzehnten gezeigt wurde.

Und es gibt noch weitere Probleme bei der Strategie des Sparens: Man muss über einen **langen Atem** verfügen, die Erfolge stellen sich nicht kurzfristig ein, und man muss in der Lage sein, sich **heftigem Gegenwind** entgegenzustellen. Liebgewonnene Privilegien werden üblicherweise „mit Klauen und Zähnen“ verteidigt, Sparen sollen immer nur „die anderen“.

Mühelos könnte man dies an eine Fülle von aktuellen Beispielen belegen.

Dennoch gibt es aus unserer Sicht zum **Sparen keine Alternative**.

Der gegenwärtige, **aufgeblähte Stellenplan** im Löhner Rathaus muss systematisch **zurückgeführt** werden.

Die LBA ist der Überzeugung, dass gehandelt und die **Aufblähung des öffentlichen Sektors insgesamt zwingend zurückgeführt** werden muss. Aus diesem Grunde ist hier in Löhne, genauso wie auf Bundes- und Landesebene unakzeptabel, **mutwillig an der Steuer- und Abgabenschraube weiter zu drehen**, deshalb hatte die LBA seinerzeit die Quersubventionierung des städtischen Haushaltes durch die Verteuerung der Wasserpreise (= **Erhöhung der Konzessionsabgabe**) abgelehnt.

## 5. Was ist zu tun?

### 5.1 So geht's nicht!

Die SPD scheint sich bereits entschieden zu haben: „*Wir **warten jetzt gespannt** auf das Konzept, das zeigt, wie der **Bürgermeister und die CDU/LBA-Koalition** die Stadt aus der Krise führen werden.*“ So hören wir, und weiter: „*Die **SPD ist sehr neugierig**, wie das gelingen soll.*“ So verlautbarte SPD-Chef Gerd Krahe in der örtlichen Tagespresse. (NW 23.1.07, LZ 22.1.07)

Da hat es also die SPD in jahrelangen Anstrengungen - ausgestattet mit einer **komfortablen absoluten Mehrheit, die ihr eine uneingeschränkte Handlungsfähigkeit gab** – geschafft, der Stadt Löhne einen **Schuldenberg von rund 85 Millionen Euro** zu bescheren. Die **Stadt ist jetzt pleite und in der Haushaltssicherung**. Und genau die gleiche SPD ist jetzt „**neugierig**“, **was nun passieren wird**.

Da haben die Sozialdemokraten den Wagen bis zum Dach in den Schuldensumpf gesetzt, und jetzt sollen die **anderen Fraktionen die Karre zügig aus dem Dreck ziehen**. Der SPD ist das zu schwierig, sie möchte **lieber zuschauen und abwarten**. - Wenn's nicht so traurig wäre, so müsste man sich lachend auf die Schenkel schlagen.

Und dann die **Sache mit der „Koalition“**, die **von der SPD als zuständige Nothelferin identifiziert** wird. Diese „**Koalition**“ aus **LBA und CDU ist schlichtweg nicht vorhanden**. Eine solche „**Koalition**“ wurde nie vereinbart, nie geschlossen, nie ins Leben gerufen, auch wenn die

Genossen das Gegenteil mit der Beständigkeit einer tibetanischen Gebetsmühle behaupten, geradezu herbeireden wollen. Diese „*Koalition*“ ist lediglich ein **Hirngespinnst der örtlichen Sozialdemokratie**. Ein **Phantasieprodukt all derjenigen, die für die Löhner Finanzpleite verantwortlich sind, diese Verantwortung aber gerne anderen an die Backe kleben wollen**.

Wohl haben sich CDU, FDP und Bürgermeister vor der Kommunalwahl 2004 versprochen. Dessen ungeachtet hat jedoch die Löhner-Bürger-Allianz eine „*Koalition*“ mit den anderen Ratsfraktionen grundsätzlich ausgeschlossen. **Unser Koalitionspartner ist und bleibt der Löhner Bürger – und sonst niemand**.

Trotzdem – oder besser gesagt **genau deshalb - trägt die LBA Verantwortung** für unsere Stadt – und läuft nicht vor den Schwierigkeiten weg, wie die „neugierige“ SPD. Sinnvolle Anträge finden in Rat und Ausschüssen unsere Unterstützung, ohne Blick darauf, von wem sie denn kommen, aber auch wenn sie von der SPD kommen.

Das heißt im Klartext: **Alle Ratsfraktionen sind ohne Ausnahme verpflichtet, sich um das Wohl unserer Stadt und in Sonderheit um die Sanierung der maroden Finanzen zu kümmern**. Und dieser Verantwortung, **diesem Wählerauftrag stellt sich die Bürger-Allianz**. Wer jetzt **nur noch neugierig** zusehen will, erweist sich als **politikunfähig**.

Und tatsächlich, **von der Sozialdemokratie kam nicht ein einziger Vorschlag**, der geholfen hätte, die Karre wieder flott zu machen. Sämtliche Anträge, die von der SPD in den beiden letzten Jahren kamen, gingen **genau in die Gegenrichtung**, hätten weitere zusätzlich Gelder gefordert, neue Schulden nach sich gezogen, oder aber die **SPD maulte gar über bereits umgesetzte Sparbemühungen**. Aber eigene konstruktive Sparvorstellungen? Da war nicht sehr viel zu sehen. Dazu fiel ihr wenig ein.

### **kleiner Exkurs:**

Noch ein deutliches Wort an die Damen und Herren von der „Sozialdemokratie“: **„Ich betone noch einmal, jedes Ratsmitglied ist berechtigt, ausgabenwirksame Forderungen zu stellen. Gleichzeitig jedoch sollte es aber auch einen akzeptablen Deckungsvorschlag für seine Forderungen unterbreiten. Alles andere ist populistisch und in diese schwierigen <sic!> Haushaltssituation unseriös!“ - - -**

Vielleicht sollte ich noch erwähnen, dass dies nicht meine persönliche Formulierung ist, sondern ein Zitat, dessen Inhalt ich aber völlig teile. Ein Zitat vom Fraktionsvorsitzenden der SPD, Herrn Krahe, ein Zitat aus seiner Haushaltsrede vom **26.2.1997**. (zum Nachlesen auf S. 6)

Die „schwierigen Haushaltssituation“ von der er sprach, war die Zeit, als in Löhne noch „Milch und Honig“ – also die Gewerbesteuer – in reichem Maße flossen.

In der gleichen Haushaltsrede forderte Herr Krahe: „**Das Schreckgespenst eines Haushaltssicherungskonzeptes darf in Löhne nicht Realität werden! Darum müssen wir an allen Ecken und Kanten sparen.**“ - - -

Wie wahr, wie wahr, kann ich nur sagen. -

Die **eindrucksvolle Antwort auf den Sparappell** des SPD-Fraktionsvorsitzenden kennen wir:

Es war die **Mehrheitsentscheidung** der SPD und von Teilen der CDU für die **Landesgartenschau**, die Entscheidung für den „magischen Schuldenkrater“ und somit die **Entscheidung für das, was jetzt eingetreten ist, das Haushaltssicherungskonzept!** - - -

Soviel zum Phänomen „**Ursache und Wirkung**“; oder, wie der Volksmund so schön sagt: „Der Weg zur Hölle ist mit guten Absichten gepflastert.“

## 5.2 Grundlegende Maßnahmen

Angesichts der oben dargestellten Lage muss sich die Stadt Löhne dauerhaft **auf das wirklich Wichtige konzentrieren.**

Das heißt konkret:

- Weiterer **Abbau** der in der Vergangenheit **inflationierten KLIENTEL-BEGÜNSTIGUNGEN**.
- **Abschmelzung des aus parteipolitischen Motiven aufgeblähten Personalapparates im Rathaus** – auf allen Ebenen. Das erfolgte Ausscheiden des Beigeordneten, des Baudezernenten und des Rechtsdirektors hat keine erkennbaren Qualitätseinbußen für die Löhner Bürger nach sich gezogen. Und immer noch hat Löhne (unter Berücksichtigung der ausgelagerten Funktionen bzw. Eigenbetriebe) einen rund 60 bis 100 Personen höheren Personalbestand als z.B. die noch einwohnerstärkere Stadt Bünde. - Vorhandene Schritte in Richtung Personalreduktion werden von der LBA durchaus gewürdigt, reichen aber noch nicht aus.
- **Privatisierungen** von geeigneten Bereichen z.B. des Wohnbaubereichs. Vor dem Hintergrund eines Rückgangs an Wohnraumbedarf (siehe demographischer Wandel) und erheblichen Wohnungsleerständen der stadteigenen und des Anteils an der Wohnbau- und Siedlungsgenossenschaft ist hier Handlungsbedarf.
- **Wahrheit und Klarheit bei den Finanzen.** Systematische Erarbeitung und Darstellung von Vergleichs- und Alternativangeboten.
- **Konsequente und zunehmende Begrenzung der Kosten** für die **Aqua Magica**. Selbst der Ausstieg aus einer unbeweglichen Gesellschaft, der das **Operieren mit schwarzen Zahlen unbekannt ist**, darf auf Sicht **kein Tabuthema** mehr sein.
- **Weitere Verbesserung der Kostendeckung** bei den freiwilligen Aktivitäten der Stadt (z.B. bei der VHS, der Kunstschule). Dort gibt es

durchaus schon positive Entwicklungen, die aber noch nicht das Ende aller Anstrengungen sein dürfen.

### 5.3 So geht's: Bereits erzielte Erfolge!

Grundüberlegung: Die LBA hat immer die Anwendung eines undifferenzierten „**Rasenmäherprinzips**“ abgelehnt. Dies wäre nur eine undifferenzierte Minimierung **auf der Basis des Status-Quo**, also eine unpolitische **Flucht vor präzisen Sachentscheidungen**. Deshalb gibt es keine Alternative zu einer sachlich begründeten, politischen **Abwägung der einzelnen Spar-Möglichkeiten**. (Ohnehin besteht gar nicht die Chance, es wirklich allen recht zu machen.)

Dabei hat die LBA keinerlei Veranlassung, ihren diesbezüglichen **Entscheidungs-Prüfstein** nicht auch klar und deutlich zu benennen. Der entscheidene Schlüssel ist und bleibt in jedem Einzelfall für uns: **WAS IST FÜR DIE BÜRGER DIESER STADT WIRKLICH VON ELEMENTARER BEDEUTUNG?**

**Und da sagt die LBA ganz klar: Uns sind unsere Löhner Sportvereine, uns ist der örtliche Breiten- und Jugendsport, uns ist die lokale Drogenbekämpfung** viel bedeutungsvoller und allemal wichtiger als die Dauer-Subventionierung einer Unterhaltungsveranstaltung mit ortsfremden Akteuren oder die Quersubventionierung des DGB. Aus dem gleichen Grund haben wir auch ganz bewusst aktiv darauf hingewirkt, die vom Land NRW geforderte Erhöhung der **Löhner Kindergartengebühren** abzuwehren.

**Was trotz erheblich Widerstände, aber bei langem Atem doch machbar und durchsetzbar war, zeigen einige erfolgreiche Beispiele:**

- Die Erfahrung mit den **EMR-Anteilen** verdeutlichte: Es passt nicht zur finanziellen Lage der Stadt Löhne, Anteile an Projekten zu halten, die - isoliert betrachtet - gut und schön sind, jedoch keine elementare Bedeutung für die Stadt Löhne und die Wohlfahrt ihrer Bürger haben.
- Richtig war es, Löhnes Mitgliedschaft im Trägerverein der in Herford ansässigen **Nordwestdeutschen Philharmonie** (NWD) zu beenden.
- Erfolgreich war auch die Kostenbegrenzung beim Neubau **Blomeyer-Fußgängerbrücke** über die Werre, nach dem Mehrheits-Beschluss von LBA und SPD, das Projekt „**Fischbauchbrücke**“ durch eine neue **kostengünstige Sanierungslösung** zu ersetzen.
- Richtig war es, den regelmäßigen städtischen Finanzabfluss in Richtung „**Arbeit & Leben**“ zu streichen. Dieser entlastete nur die Kassen des DGB, war aber dem städtischen Haushalt ein „Klotz am Bein“. [Allein diese institutionalisierte jährliche DGB-Subventionierung kostete den Löhner Steuerzahl pro Anno mehr als 22.000 €.]

- Richtig ist ferner die Orientierung der **Varieteenacht auf wirtschaftliches Denken**; durchaus vergleichbar mit der Kleinkind-Entwöhnung von der Mutterbrust – zwingend notwendig, wenn auch erst einmal unangenehm. Letztlich gibt es ohne diese Entwöhnung keine Chance, erwachsen zu werden.
- Richtig war die **Einschränkung der städtischen Repräsentationskosten. „UN-KOSTEN“** [im wahrsten Sinne des Wortes] **von ca. 75 € für einen einzelnen bürgermeisterlichen Geburtstagsbesuch** sind der Bevölkerung nicht ernstlich zu vermitteln.
- Die **„2-Euro-Abgabe“ pro Löhner Sportverein und Hallennutzungsstunde ist vom Tisch**. Das **geplante Sonderopfer** von den Löhner Sportvereinen wurde erfolgreich **abgewehrt**.
- Gesichert ist, wie von der LBA gefordert, **die Unterstützung des Löhner Musiklebens, der Löhner Kantoreien**.
- Die von uns immer wieder eingeforderte **Begrenzung des städtischen Stellenplanes trägt erste Früchte: erste Rückgänge bei der Stellenentwicklung**.
- Auch die Lichtblicke bei der **Entwicklung der Netto-Neuerschuldung** sind positiv zu vermerken.
- Und – last, not least - es gelang bisher auch, **kommunale Steuererhöhungen** und die Kreation **neuer kommunaler (Winterdienst-)Abgaben („Schneepflugsteuer“)** **zu verhindern**.

Sinnvoll wäre es auch gewesen, wie von der LBA beantragt, den Verkauf der **Radio-Herford-Anteile** zu realisieren. Doch weder der Kreis noch irgendeine andere Kommune im Kreis Herford wollten sich – aus ihrer Sicht verständlicherweise - mit diesem **toten Kapital** belasten. Löhne bleibt also auf seinen überproportional hohen Anteilen sitzen, auch eine Dauerfolge einer vormaligen Fehlentscheidung.

#### 5.4 So geht's weiter: Arbeitsschwerpunkte der LBA in der nächsten Zeit

Der Kampf **gegen Verwahrlosung und Kriminalität**:

Die konsequente Bekämpfung von Verwahrlosungserscheinungen (z.B. im Bahnhofsbereich) und Kriminalität (z.B. im Asylantenheim) in Löhner Problembereichen ist immer noch unvollkommen.

Eine wirkungsvolle **Alten- und Jugendförderung** (s.o.) gehört zum kommunalpolitischen Kernbereich, darf also nicht über Gebühr beeinträchtigt werden.

Die Förderung des **Vereinssportes und der Sportjugend** ist die sinnvollste stabilisierende Sozialpolitik und präventive Kriminalitätsbekämpfung, die man sich denken kann, und allemal kostengünstiger als nachlaufende Resozialisierungsmaßnahmen.

Neue Baugebiete müssen schon vor der endgültigen Fertigstellung mit **Kinderspiel- bzw. Bolzplätzen** ausgestattet sein. Ein Bolzplatz im

Zentrum von Ostscheid und ein weiterer Platz in Löhne-Bhf. sind für uns unverzichtbar.

Wir werden also genau beobachten, ob der unpräzise Beschluss, in Ostscheid (irgendwie) zu einem **Ersatz-Bolzplatz** zu kommen, tatsächlich realisiert wird, oder sich als eine Vertröstung auf den Sankt-Nimmerleinstag herausstellt.

Eine kontinuierliche Förderung der **Schulen und Kindergärten** ist der LBA wichtig, auch wenn uns hier die Politik der Landesregierung „ins Gesicht weht“.

Wir wollen ein **nachhaltiges Aufforstungsprogramm**, um „**grüne Lungen**“ für **Löhne** zu gewinnen, aber keine zusätzlichen Ausweisungen von Gebieten für Windkraftanlagen, die ökologisch und ökonomisch fragwürdig sind.

Richtig wird es sein, die Verantwortung für die **Löhner Bäder** in die Hände des SC Aquarius zu geben. Bedingung ist jedoch, dass zuvor **allseits akzeptierte und geeignete vertragliche Grundlagen** geschaffen werden. Und selbstverständlich darf sich das **Angebot für die Löhner Schwimmer nicht verschlechtern**. Ein **angemessenes und bürgerfreundliches Schwimmangebot** für Löhnes Bevölkerung muss in jedem Fall aufrechterhalten werden.

Entsprechend der erfolgreichen Realisierung der EMR-Anteile, sollte die Stadt alle Bereiche abklopfen, um das Kapital **nicht in wenig attraktiven Unternehmungen oder Immobilien** zu binden. [Zum Verkauf städtischer **Immobilien** siehe auch u.a. CDU- und FDP-Haushaltsrede am 28.2.2001] Bei den z.Zt. steigenden Kreditzinsen ist z.B. eine Beteiligung bei der Bau- und Siedlungsgenossenschaft zweifellos wirtschaftlicher Unfug. Solche Aktivitäten gehören heute – im Gegensatz zu den 50er und 60er Jahren- ganz und gar **nicht mehr zum städtischen „Kerngeschäft“**.

Auch halten wir nach wie vor den Ausstieg aus der Mitfinanzierung des unsinnigen **MARTa-Projektes** für erstrebenswert. Die Zuschüsse für MARTa belasten über die jetzt erhöhte Kreisumlage auch die Stadt Löhne, genau wie von der LBA prognostiziert.

## 5.5 Weitere konkrete Einzelschritte zur Genesung

Die LBA beantragt, ...

- |  |
|--|
| <p>(1)... dass der Aqua-Magica-Gesellschaftervertrag zwischen Löhne und Bad Oeynhausien mit Blick auf die Bezuschussungslage revidiert wird. – Der <b>Aqua-Magica-Gesellschaft</b> wird seitens des Rates der Stadt Löhne aufgegeben, bis zur nächsten Gesellschafterversammlung ein <b>Sanierungskonzept</b> vorzulegen, dass bewirkt, die zukünftigen <b>Einzahlungen der beiden Städten jeweils um 50.000 Euro p. A. zu reduzieren</b>.</p> |
|--|

(2)... dass der gegenwärtig vorliegende Entwurf des städtischen Stellenplanes unmittelbar nach der Vorlage des GPA-Berichtes mit der Zielsetzung der **Stellenreduzierung** durchforstet wird und die Verwaltung zeitnah entsprechende Umsetzungsvorschläge dem Rat unterbreitet.

(3)... dass zum Zwecke der **Kostenoptimierung** bei den Gegenständen, die aus städtischen Mitteln bezuschusst werden sollen, von den Antragstellern drei (**Vergleichs-)Angebote** vorzulegen sind.

(4)... dass die Stadt Löhne jährlich, beginnend mit dem Jahre 2007, die **Neuaufforstung einer Fläche von zwei Hektar** im Stadtgebiet Löhne vornimmt. - Anderweitig beschlossene ökologische Ausgleichsmaßnahmen sind unbeschadet dessen zu realisieren und werden nicht mit der hier bezeichneten Neuaufforstung verrechnet.

(5)... dass der Kreis Herford aufgefordert wird, aus der **Mitfinanzierung des MARTa-Projektes** alsbald auszusteigen bzw. diese in Zukunft weder direkt noch indirekt zu vollziehen. Die **E.on-Gelder** sollen gezielt genutzt werden, um die **Kreisumlage zu senken**.

(6)... dass die Verwaltungsspitze mit der Finanzverwaltung des Landes NRW Gespräche führt, die zum Ziel haben, nach der in Aussicht stehenden Fusion das dann entstandene **neue Finanzamt für den Kreis Herford in der Löhner Innenstadt** anzusiedeln.

## 6. Ausblick

Wir befinden uns nun im Haushaltssicherungskonzept. Doch mit vereinter Kraft und einem **konsequenten Sparkurs** muss es nach Überzeugung der LBA auch **ohne Steuererhöhungen** möglich sein, die politische Handlungsfähigkeit wiederzugewinnen.

Wir werden dabei nicht abseits stehen: Die Löhner-Bürger-Allianz wird **nach wie vor tatkräftig Verantwortung** übernehmen, um unsere Stadt konstruktiv weiterzuentwickeln. Dabei gibt es auch in Zukunft für uns **keine Automatismen, keine parteipolitische Fixierungen oder ideologische Scheuklappen**.

Wenn gleichartige Vorstellungen gegeben sind, übereinstimmende Ziele bestehen, (siehe Nordumgehung, Fischbauchbrücke-Brücke), dann arbeiten wir selbstverständlich **mit allen Demokraten zum Wohle der Stadt Löhne zusammen**.